

Ratschlag



AUSGABE
APR 16
No. 75

Informationsschrift der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Leipzig

TOP THEMEN

Welche wichtigen stadtoökologischen Beiträge begrünte Dächer für Luft und Klima gerade in einer stark wachsenden Stadt wie Leipzig haben und welche Herausforderungen dabei zu meistern sind, betrachtet Tim Elschner auf **Seite 6**

Welche Schwimmhallenflächen in unserer Stadt verfügbar sind, wie die sich in Bezug auf unsere Bevölkerungsentwicklung verändern und was die kommenden Anforderungen dabei sind, erläutert Michael Schmidt auf **Seite 13**

Welche Aufgaben bei der zukünftigen Finanzierung des ÖPNV vor uns stehen und wie unsere Verkehrsgesellschaft LVB GmbH aus der unzulänglichen Situation das Beste zu machen versucht, beschreibt Daniel von der Heide auf **Seite 14**



Foto: Fraktion

Unsere Themen

| | |
|---|----|
| Zum Refugees-welcome-Platz | 3 |
| Denkmalschutz ist identitätsstiftend | 4 |
| Ärztliche Hilfe für Flüchtlinge | 5 |
| Integration braucht Leitlinien | 7 |
| Keine Geldanlagen in fossile Energien | 8 |
| Migrantinnen und Migranten kulturvoll betreut | 9 |
| Informationsfreiheit durchsetzen! | 10 |
| Fair Gehandeltes – Deine Wahl! | 11 |
| Zirkusse ohne Wildtiere | 12 |
| Naturkundemuseum bekommt Zukunft | 15 |
| Cosi-Rundweg wieder gefahrenfrei | 15 |

Liebe zur Vielfalt

Wie wollen wir gemeinsam leben – Schwerpunktjahr Demokratie

von Katharina Krefft

Erst konnte man nur den Kopf schüttern, dann setzte Sprachlosigkeit ein und zuletzt waren alle nur noch entsetzt. In Sachsen sind mit dem Flüchtlingsthema offene Fremdenfeindlichkeit, ausgesprochene Ausgrenzung und herrische Überheblichkeit Alltag geworden. Jeden Tag. An jedem Ort.

Viele wissen nicht, wie sie in genau diesem Alltag, an der Arbeitsstelle, in der Familie, im Freundeskreis, mit ausländerfeindlichen und rassistischen Aussagen umgehen sollen. Es sind ja nicht allein die Montagsdemonstrationen, die den Alltag einschränken, Umwege oder Wochenplanänderungen aufzwingen. Menschenverachtung begeg-

net uns im Nahraum. Was sage ich dann, was entgegne ich, sage ich überhaupt etwas?

Wir wollen die Menschen, die aufgeschlossen sind, ermuntern und stärken, zufrieden mit dem eigenen Handeln aus solchen Situationen herauszukommen, selbstsicher aufzutreten und ganz klar zu zeigen: Die

Mehrheit ist nicht schweigend! Wir haben keine Angst, wir gehen an die Probleme ran: denn es ist unser Gemeinwesen, unsere Stadt, unser Viertel!

Die Demokratie sichert dieses Gemeinwesen, Meinungsfreiheit und den Schutz der Minderheiten; hier gelten Recht und Gesetz und das Gewaltmonopol des Staates, Freizügigkeit und das Recht auf Asyl. Generationenvertrag, Tarifpartnerschaft, soziales Netz – es ist die Bevölkerung, die diese Entscheidungen trifft, mit ihrer Wahl, mit ihrer Beteiligung und indem Einzelne falls nötig mit Klagen, Demonstrationen oder Streiks ihre Interessen vertreten.

Demokratie als Staatsform ist ein enormer Wert.

Und obwohl die Herrschaft der Bevölkerung so überzeugend ist, bestehen Staatsferne und Skepsis. Ich erlebe das immer wieder, ganz besonders vor Wahlen: »Mit diesem System habe ich nichts zu tun«, sagten mir mehrere Frauen auf der Straße. Vor 26 Jahren ist die DDR mit der Macht der Bevölkerung untergegangen und doch steckt die Systemfrage immer noch in unserer Gesellschaft. Doch wie soll unser Gemeinwesen ihrer Meinung nach sein? Ich finde es hochspannend, in der Stadt der Friedlichen Revolution die Frage zu stellen: Was soll anders laufen? Was habt Ihr Euch anders vorgestellt und wie wollt Ihr Euer Gemeinwesen?

Wir haben den lange vorbereiteten Antrag eingereicht, ein Schwerpunktjahr Demokratie zu führen, weil es nötig ist, weil wir sprechen müssen. Warum 2017? – Das ist natürlich die naheliegende Frage. Weil wir nicht warten können, bis sich irgendetwas Passendes jährt, und weil dennoch Vorbereitungen getroffen werden müssen, um so ein Jahr gelingen zu lassen.

Das Jahr beginnt natürlich sofort und es endet auch nicht am 31. Dezember 2017. Der OBM tritt mit »Weiterdenken« in eine neue Runde zur Zukunft der Stadt, die Demokratiekonferenz ist in Vorbereitung für das Frühjahr 2018, die überarbeitete Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums wird im Herbst 2018 eröffnet. Die Rede zur Friedlichen Revolution wird wie in jedem Jahr am 9. Oktober gehalten.

Wo, wenn nicht in Leipzig, bietet sich das Thema so greifbar an?

Doch erreicht das uns alle? Ich zweifle mit Blick in die Runde der vollbeschäftigten Eltern meiner Altersgruppe. Demokratiearbeit, die Liebe zur Vielfalt werden in der Schule und in der Jugendarbeit in verschiedenen Facetten erarbeitet. Und doch sind die Eltern die maßgebenden Orientierungsgeber für die Haltung der Jugend, das erkennen wir aus den Jugendstudien. Und es ist die Deutsche Jugendstudie, wo sich für die erste Generation nach der Wende eine signifikante Ablehnung gegenüber allem Fremden findet. Wie kann das sein? Weil die Eltern, die Großeltern die Haltung, Einstellung, Ängste, Traumata weitergeben. Es zieht sich durch die Familien, darum muss Generationen übergreifend angesetzt werden, wenn wir nachhaltig im Land mit der höchsten Zustimmung zur NSDAP 1933 – und das wurde nie aufgearbeitet! – etwas verändern wollen.

Es ist eine große Idee, eine weitreichende Vorstellung, alle in Leipzig, die dafür aufgeschlossen sind, am Nachdenken über Demokratie zu beteiligen, am Diskutieren und Debattieren, am Vergleichen und Ergründen. Wir wollen die ganze Vielfalt der Betrachtung auf das Thema, ganz viel kreatives Hirnströmen, um dann aufzunehmen, was zu verändern ist, damit die Freude an der Demokratie gewinnt.



Foto: Fraktion

Für das Schwerpunktjahr beantragen wir 2 Mio. €, die an Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereine oder auch Einzelpersonen für Projekte, Kampagnen oder Veranstaltungen ausgereicht werden. Wir wollen die Beteiligung des Stadtrates und der Bürgerschaft an der Gesamtjahresplanung in einem Kuratorium, und wir wollen, dass noch in diesem Jahr mit einer Plakatkampagne auf das Thema aufmerksam gemacht wird: Nicht Konterfei und Parteiemblem sollen auf dem Plakat sein, sondern: die Demokratie.

Und weil wir leidenschaftlich für die Demokratie eintreten, hoffen wir auf breite Ansteckung! Nur eine demokratische Bildung schützt uns vor Menschenfeindlichkeit und schlechtem Benehmen. ●



Katharina Krefft

Fraktionsvorsitzende, schul- und sozialpolitische Sprecherin, Jahrgang 1978, Ärztin, verheiratet, 4 Kinder

Ältestenrat • Verwaltungsausschuss Fachausschuss (FA) Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule • Aufsichtsrat Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (LVV) • Aufsichtsrat Klinikum St. Georg gGmbH

Berichte aus dem Stadtrat

Willkommenszentrum für Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten

Wir haben erfolgreich unsere Forderung zur Einrichtung eines Willkommenszentrums in Leipzig zum Beschluss gebracht. Für ein solches Zentrum gibt es bundesweit etliche Vorbilder. In dieser Einrichtung sollen alle verfügbaren Kompetenzen gebündelt werden, Flüchtlingsvereine und Initiativen Unterstützung finden und man soll sich auch über alle Initiativen und ihre Angebote informieren können. Im Willkommenszentrum soll die weitere Bildung des Netzwerks unterstützt werden, das je nach Bedarf individuell oder allgemein Hilfe und Lösungen für Probleme und Fragen von Geflüchteten und Migrantinnen und Migrantinnen aufnimmt und kompetent bearbeitet. Auch die Stadtverwaltung wird mit ihrem großen Angebot präsent sein können und zentral und einfach erreichbar sein, wenn Menschen Hilfe bei der Integration brauchen, wie bspw. bei der Suche nach Wohnraum und Arbeit.

Kinder- und Jugendbeteiligung bei Schulbaumaßnahmen

Als Ergebnis des Beschlusses zu unserem Antrag von 2014 »Verbindliche Beteiligung beim Schulbau« stellt die Stadtverwaltung nun eine Broschüre zur Verfügung. Sie soll Kindern und Jugendlichen zeigen, wie sie sich beteiligen und dabei mitwirken können, wenn Schulen neu errichtet oder umgebaut, wenn sie reaktiviert oder wenn Freiflächen gestaltet werden.

Die Posse oder besser Tragödie um die Umbenennung des Richard-Wagner-Platzes

von Norman Volger

Vorab sei schon mal klargestellt, unsere Fraktion wollte niemals eine Umbenennung des Richard-Wagner-Platzes. Dies wurde uns zwar von einigen Seiten wie bspw. der Jungen Union und leider auch dem Richard-Wagner-Verband unterstellt, war aber schlicht nicht wahr. Aber der Reihe nach.



Foto: Fraktion

Es gab tatsächlich eine Petition, die die Umbenennung des Richard-Wagner-Platzes in Refugees-welcome-Platz vorsah. Als Begründung dafür diente die derzeitige missbräuchliche Inanspruchnahme des Platzes durch LEGIDA. Außerdem sollte von den Unterzeichnenden damit ein Zeichen für die Willkommenskultur gesetzt werden. So weit so gut. Es gab die Petition und nichts passierte.

Dann nahm sich unser Kreisverband der Sache an und diskutierte durchaus kontrovers über das Gesuch. Dass man am Geburtshaus von Richard Wagner, so strittig Wagner durchaus auch diskutiert wird, nicht einfach den Platz umbenennen kann, ohne Wagner zu beschädigen, war schnell klar. Auch dass es schwierig ist, englische und deutsche Begriffe in einem Platznamen zu vermischen, lag auf der Hand – genauso wie die Probleme für Privat-, aber vor allem auch für Geschäftsleute, die auf einmal eine neue Anschrift haben.

Was aber auch schnell klar wurde, war die Unterstützung des Anliegens: ein Zeichen gegen den Rassismus von LEGIDA und für eine Willkommenskultur zu setzen. Daher beschloss die grüne Mitgliederversammlung, das Anliegen der Petition in geeigneter Weise zu unterstützen. Die Umbenennung des Platzes stand da nie zur Debatte.

Aber wie das in Leipzig so ist, wurde aus der Mücke ein Elefant gemacht. So verurteilte uns die Junge Union in einer Pressemitteilung und brachte Fraktion und Partei (bewusst?) durcheinander.

Vonseiten der Presse wurde diese Pressemitteilung nicht mal ansatzweise überprüft, sondern eins zu eins abgedruckt. Recherchen machen ja auch Arbeit. Am Ende stand dann in den Zeitungen, dass die Fraktion die Umbenennung des Platzes erreichen wolle. Die darauf folgende Aufregung des Richard-Wagner-Verbandes konnte dann allerdings mit einem Telefonat beruhigt werden. Festgesetzt hatte sich jedoch die falsche Annahme über die Haltung der Fraktion zur Umbenennung, was uns letztlich viel Mühe gekostet und Beschimpfungen eingebracht hat.

Damit aber noch nicht genug der Posse: Unsere Fraktion nahm die Empfehlung der Mitgliederversammlung durchaus ernst und stellte einen Änderungsantrag zur Petition mit folgendem Wortlaut: »Die Stadt Leipzig erarbeitet bis zum I. Quartal 2017 einen Vorschlag, wie in geeigneter Weise an einem geeigneten Ort auf das Willkommen heißen von Menschen aus aller Welt in unserer Stadt aufmerksam gemacht werden kann.« Eine Begründung, die über die Petition hinausging, lieferten wir gleich mit: »Auch wenn die Umbenennung des Richard-Wagner-Platzes aus dargelegten Gründen nicht umsetzbar ist, sollte dennoch der Intention der Petition gefolgt werden. Dabei sollte man sich aber nicht nur auf die aktuelle Flüchtlingsdebatte beziehen, sondern die Tradition unserer Stadt über die vielen Jahrhunderte im Blick haben. Seit jeher ist Leipzig ein Ort, an dem sich Menschen aus aller Welt trafen, lebten und willkommen geheißen wurden. Schon im Mittelalter trafen in Leipzig die Via Regia und die Via Imperii zusammen und Händler von Spanien bis Russland und Italien bis Nordeuropa machten Halt in unserer Stadt. Auch in der Folgezeit war Leipzig als Handels- und Messemetropole eine internationale Begegnungsstätte und hieß Menschen aus aller Welt willkommen. Nicht wenige blieben und wurden heimisch in unserer Stadt. Auch heute ist es neben der selbstverständlichen Hilfe

für Geflüchtete ein Anliegen unserer Stadt, Menschen willkommen zu heißen, wie es exemplarisch erst vor ein paar Wochen bei dem Empfang für Neubürger im Rathaus deutlich gemacht wurde. Der Tradition unserer Stadt folgend wäre es nur folgerichtig, darauf in geeigneter Weise aufmerksam zu machen.«

Eigentlich ein Selbstläufer, so ein Antrag in diesen Zeiten, sollte man meinen. Doch weit gefehlt. Die CDU, die ja in Leipzig mit Willkommenskultur so gar nichts am Hut hat, war natürlich dagegen. Dass aber die SPD nach einem flammenden Plädoyer für die Willkommenskultur unseren Antrag ablehnte, weil sie ihn offensichtlich nicht gelesen oder verstanden oder missinterpretiert hatte, war ernüchternd.

Am Ende dann jubelte nur die AfD über eine Ablehnung der Willkommenskultur – ein schlechtes Signal gerade in den heutigen Zeiten, wo Demokratinnen und Humanisten zusammenhalten sollten. Wir werden daraus lernen. Die Abstimmung der Fraktionen bei diesen Themen muss zukünftig verbessert werden. Wir können uns ein Aneinandervorbeireden oder eine Nichtzusammenarbeit einfach nicht leisten, ebenso wie weitere Niederlagen für die Willkommenskultur, wenn unsere Stadt weiterhin das bunte, humanistische und weltoffene Leipzig bleiben soll und will, das wir kennen und lieben. ●



Norman Volger

Fraktionsvorsitzender, ordnungspolitischer Sprecher, Jahrgang 1978, Abschluss in Politikwissenschaft, Soziologie,

Kommunikations- und Medienwissenschaft, verheiratet, 2 Kinder

Ältestenrat • Vergabegremium VOL • FA Wirtschaft und Arbeit • FA Umwelt und Ordnung • Verwaltungsausschuss • Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) • Bewertungsausschuss

Baudenkmal – Faszination oder Schreckgespenst?

von Dieter Deissler (WVL)

Die Stadt Leipzig besitzt einen herausragenden Bestand an Kulturdenkmälern, dafür wird sie weltweit beneidet und bewundert. Wohnen und arbeiten möchten die meisten von uns gerne im Gebäude-**denkmal. Waldstraßenviertel oder Musik-viertel, das hat doch etwas.**

Schon die Grundstückseinfriedigung ist häufig etwas Besonderes, prächtige Eingangstüren mit kunstvoll gefertigten Türklinken, wunderschöne Wandmalereien, Fresken, wertvolle, einmalige Wandfliesen, der Weg in die Wohnung ist ein Erlebnis. Die Wohnung selbst: helle Räume, Stuckarbeiten, Kachelofen und zauberhafte Holzschnitzereien, dazu gehören nicht selten großzügige Balkone und herrlich angelegte parkähnliche Innenhofareale.

Leipzig profitiert auch wirtschaftlich enorm von seinem einzigartigen Stadtbild. Gäste und Reisende behalten diese Bilder im Gedächtnis, die Gebäude sind Hintergrundmotiv von Urlaubsbildern. Auch repräsentative Einrichtungen werden bevorzugt in jahrhundertealten Gebäuden untergebracht, in Leipzig z. B. das Bundesverwaltungsgericht. In der Fachsprache ist die Rede von »weichen« Wirtschaftsfaktoren. Diese bringen zum Ausdruck, warum Menschen eine bestimmte Stadt besuchen oder dort Urlaub machen. Für Leipzig hat der Denkmalschutz also eine nicht hoch genug zu bewertende Bedeutung.

Weil nahezu alles in Leipzig aus unterschiedlichsten Gründen permanent mit Gebäudedenkmalern zu tun hat, wird der Denkmalschutz, als Teil des Kulturgutschutzes, als öffentliches Interesse deklariert. Im Denkmalschutzgesetz wird festgelegt, dass »Eigentümer und Besitzer von Kulturdenkmälern nach § 6 DSchG verpflichtet sind, diese im Rahmen des Zumutbaren zu erhalten und pfleglich zu behandeln«. Dies erscheint beim ersten Lesen plausibel. Für die betroffenen Denkmaleigentümerinnen und -eigentümer kann diese Formulierung allerdings große Auswirkungen haben – und zwar sowohl finanziell als auch die Nutzung betreffend. Das Eigentum ist nicht nur »pfleglich« zu behandeln, es wird detailliert vorgegeben, wie. Hauptprämisse dabei ist immer, das Original zu erhalten oder wieder herzustellen. Entstehende Mehrkosten können zwar

über Förderprogramme des Staates teilweise erstattet werden – einen Anspruch darauf gibt es jedoch nicht.

Ein weitverbreiteter Irrglaube ist auch, dass sich der Schutz der Gebäude nur auf die Fassade bezieht. Für jegliche Veränderung am und im Gebäude muss die Zustimmung der Denkmalbehörde eingeholt werden, was wiederum die geplante Nutzung beeinflussen oder einschränken kann. Bekanntes Beispiel ist der Russische Pavillon auf der Alten Messe.

In jüngster Zeit kommen weitere Probleme dazu, die nicht unmittelbar nur den Denkmalschutz betreffen. Gemeint sind Interessenkonflikte der verschiedenen zuständigen Behörden, also gegensätzliche Forderungen des Gesetzgebers bezüglich Brandschutz, energetischen Maßnahmen oder auch Barrierefreiheit, jeweils in Abstimmung mit Denkmalschutz. Ökologisch sinnvolle technische Maßnahmen, bspw. Photovoltaikanlagen auf Dächern oder Fassadendämmung, lassen sich nicht realisieren. Es ist zu hoffen, dass der Gesetzgeber Anpassungen vornimmt, widersprüchliche Forderungen dürfen nicht auf dem Rücken der Eigentümerinnen und Eigentümer ausgegossen werden.

Festzuhalten bleibt, dass Gebäudedenk-mäler für diese Stadt einen unschätzbaren Wert darstellen, für die Eigentümerin, den Eigentümer im Einzelfall Erschwernisse mit sich bringen und der Gesetzgeber schnellstens Lösungen finden muss, damit Zielstellungen wie Barrierefreiheit, Brandschutz und ökologische Interessen trotz Denkmalschutz realisierbar sind. ●



Dieter Deissler

Stadtrat (WVL),
Jahrgang 1949,
Bauingenieur

FA Allgemeine
Verwaltung •
Grundstücksver-
kehrsausschuss •
Aufsichtsrat

Leipziger Wohnungsbaugesellschaft
mbH (LWB) • Aufsichtsrat der Beratungs-
gesellschaft für Beteiligungsverwaltung
Leipzig mbH (bbvl) • Aufsichtsrat
Investregion Leipzig GmbH (IRL)



Foto: Leipziger Denkmalstiftung

Berichte aus dem Stadtrat

Einwegbecher für Kaffee sind ein Umweltübel

Wir fragten in der Ratsversammlung nach und erfuhren: Die Leipziger Stadtreinigung hat bisher keine Erhebung speziell zum neuen Müllaufkommen durch Einwegbecher gemacht. Die Kosten für Abfall, der unterwegs anfällt, haben sich allerdings um ca. 4.000 € im Jahr erhöht. Der Umweltbürgermeister sieht den To-go-Trend kritisch, hat aber keine Rechtsgrundlage für eine Beauflagung zum Verzicht auf Einwegbecher. Er hält allenthalben eine Selbstverpflichtung der Franchisenehmerinnen und Bäckereien für verhandelbar. Deswegen wird Bürgermeister Rosenthal im I. Quartal auf die Systemgastronomie Leipzigs zugehen. Wir haben ihn gemeinsam mit dem BUND zu einer umweltfreundlicher Trendwende beraten.

Investitionsbedarf für Spielplatzneu- und -ersatzbauten

Nach vielen Jahren der Knappheit, in denen Bestandspflege und Rückbau von Spielplätzen überwogen haben, konnte unsere Fraktion nunmehr erreichen, dass zusätzliche Investitionsmittel für Neubauten bereitstehen. Diese Mittel sollen zunächst in neue Spielplätze in Seehausen, Stahmeln/Wahren (Rittergutsstraße nördlich des Auensees), Großzschocher (zur Alten Bäckerei), Möckern/Gohlis-Nord (Landsberger/Liebermannstraße) sowie an der Etzoltischen Sandgrube in Stötteritz/Probstheida fließen.

Helfen, wo man helfen kann – Solidarität ganz konkret

von Judith Künstler

»Ich werde mich bei der Erfüllung meiner ärztlichen Pflichten meiner Patientin oder meinem Patienten gegenüber nicht durch Alter, Krankheit oder Behinderung, Glaube, ethnische Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politische Zugehörigkeit, Rasse, sexuelle Orientierung, soziale Stellung oder durch andere Faktoren beeinflussen lassen. [...] Dies alles verspreche ich feierlich, frei und auf meine Ehre« (aus dem Genfer Ärztegelöbnis).

Die sogenannte Flüchtlingskrise war das bestimmende Thema des Jahres 2015 und sie scheint aller Voraussicht nach auch das bestimmende Thema des Jahres 2016 zu bleiben.

Krieg und Gewalt, Armut und Hunger zwingen noch immer viele Menschen täglich, ihre Heimat zu verlassen, und werden es wohl auch weiter tun, denn es scheint kaum, als ob in nächster Zeit ein wirksames Mittel gegen die gewalttätigen Auseinandersetzungen und die wirtschaftlichen Krisen gefunden wird. Doch sie sind der Auslöser dafür, dass Menschen unglaubliche Strapazen und Gefahren auf sich nehmen, um nach Deutschland zu kommen.



Foto: Fraktion

Für uns, die wir das Glück haben, unsere Heimat nicht wegen Krieg, Verfolgung, Hunger oder anderen Gefahren verlassen zu müssen, bedeutet das vor allem eins – zu überlegen, was wir tun können, um den Menschen, die meist Schreckliches erlebt haben, körperlich und seelisch gelitten haben, die Ankunft hier in Deutschland so gut es geht zu erleichtern – und damit auf konkreter wie auf politischer Ebene weiter dafür kämpfen, dass Flüchtlinge als das gesehen werden, was sie sind – Menschen, die Schutz und Unterstützung benötigen.

Hier in Leipzig gibt es viele Initiativen, die versuchen, geflüchtete Menschen zu unterstützen. Dazu zählen all diejenigen, die sich Woche für Woche Legida und deren

rassistischen Ideologien entgegenstellen. Dazu gehören Projekte wie »Ankommen in Leipzig. Paten für Flüchtlinge«, Initiativen wie »Menschen.Würdig.« und das Aktionsbündnis »Leipzig nimmt Platz«. Viele Menschen versuchen so, zu helfen, mit Geflüchteten in Kontakt zu treten und solidarisch zu sein.

Aus meinem Kollegenkreis heraus habe auch ich als Ärztin überlegt, was ich ganz konkret tun kann. Das Ergebnis war, dass wir im September 2015 begonnen haben, eine regelmäßige Sprechstunde für Geflüchtete in der Erstaufnahmeunterkunft Friederikenstraße anzubieten.

In die Sprechstunde können geflüchtete Menschen mit allen medizinischen Anliegen kommen, die sie beschäftigen. Auch wenn wir oftmals die Sprache der Patientinnen und Patienten nicht sprechen, stellt dies im Regelfall kein größeres Problem dar. Entweder findet sich eine dolmetschende Person aus dem Umkreis der Betroffenen oder es gibt Dolmetscherinnen bzw. Dolmetscher von außerhalb. Meist kommen die Geflüchteten mit ganz normalen Anliegen zu uns in die Sprechstunde – Husten, Schnupfen, Heiserkeit, verstauchte Knöchel oder Halsschmerzen. Aber genau darum geht es, dass wir ihnen das bieten, was selbstverständlich sein sollte: eine ganz normale medizinische Versorgung.

Das Genfer Ärztegelöbnis stellt die moderne Fassung des hippokratischen Eids dar. Es wurde von der Zweiten Generalversammlung des Weltärztebundes erstmals im Jahr 1948 verabschiedet, seitdem einige Male revidiert und stellt in seiner neusten Fassung von 2006 die ethische Grundlage ärztlichen Handelns dar.

Wie der Textausschnitt oben zeigt, ist sie mehr als eindeutig – jeder Mensch, ungeachtet seiner sozialen Stellung, ethnischen Zugehörigkeit oder Staatsangehörigkeit, hat das Recht auf die bestmögliche medizinische Versorgung. Auch jeder geflüchtete Mensch hat dieses Recht. Dafür, dass diese Aussage kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern Realität wird, setze ich mich ein – auf politischer Ebene, aber eben auch ganz konkret jede Woche wieder zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Sprechstunde. ●



Dr. Judith Künstler
Stadträtin,
gesundheitspolitische Sprecherin,
Jahrgang 1970,
Hausärztin,
1 Kind

Betriebsausschuss
Jugend und Soziales • Aufsichtsrat
Städtische Bestattungswesen GmbH •
Drogenbeirat

Berichte aus dem Stadtrat

Ausstieg aus erstem Cross-Border-Leasing

Der Stadtrat hat den Rückkauf der Trinkwasser-Leitungsnetze beschlossen, die durch CBL-Verträge gebunden waren. Beim Vertragsschluss war man von einem sicheren Gewinn ausgegangen. Aufgrund der weltweiten allgemeinen Finanzmarktentwicklung haben sich diese Anlagekonstrukte allerdings sehr schlecht entwickelt. Der Beschluss beendet das absehbar wachsende Risiko für den Haushalt der Kommunalen Wasserwerke, indem mit Hilfe des städtischen Haushalts jetzt der Vertrag abgelöst wird. Der Gesamtverlust wurde mit 39 Mio. € berechnet.

Kommunale Kultureinrichtungen: Kommt zentrales Onlineticketportal?

Unsere Fraktion beantragte erfolgreich, den Aufbau eines zentralen Onlineticketportals für städtische Kultureinrichtungen zu prüfen, um den Gästen und der Bevölkerung Leipzigs einen zentralen Weg anzubieten, auf dem sie Eintrittskarten für verschiedene Einrichtungen kaufen können. Auch die mobile Internetnutzung beim Kauf von Tickets sollte dabei berücksichtigt werden. Dafür wird nun eine Arbeitsgruppe gegründet. Ihr gehören die städtische IT-Firma LeCos GmbH und die Leipzig Tourismus und Marketing GmbH an, und auch die Kultureinrichtungen sind vertreten. Die Gruppe wird bis Ende des Jahres dem Stadtrat über ihre Prüfergebnisse berichten.

Klimawandel: Leipzig bekommt eine Gründachstrategie!

von Tim Elschner

Der Deutsche Dachgärtnerverband e.V. veranstaltet in diesem Jahr in unserer Stadt sein jährliches Gründachforum. Im Oktober 2016 wollen der Verband und die Stadt Leipzig gemeinsam dazu einladen. Die geplante Veranstaltung soll insbesondere dazu dienen, sowohl einem Fachpublikum als auch der interessierten Öffentlichkeit die Vorteile einer Dachbegrünung zu vermitteln.

Erinnern auch Sie sich noch an den letzten Sommer? An eine aufgeheizte Innenstadt, vertrocknete Wiesen, an Bäume, die ihre Blätter hängen ließen, und vielleicht auch daran, dass an Schlaf kaum zu denken war? Die Stadtverwaltung stellt dazu in ihrem statistischen Quartalsbericht IV/2015 fest, dass der Deutsche Wetterdienst 2015 für unsere Stadt das zweite ungewöhnlich warme Jahr in Folge registrierte. Es war nicht nur zu trocken, am 4. Juli wurde mit 37,0 °C zudem der zweithöchste Tageswert seit der Jahrhundertwende gemessen.



Foto: Deutsche Dachgärtnerverband e.V.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadiskussionen und um den Herausforderungen des Klimawandels erfolgreich zu begegnen, müssen wir unsere Stadt, die für solche Bedingungen nicht gebaut ist, Stück für Stück umrüsten, damit sie auch unter diesen Bedingungen lebenswert bleibt. Mit der Idee, eine Gründachstrategie für Leipzig zu entwickeln, hat unsere Fraktion ein wichtiges Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aus dem Ergebnisbericht der Bürgerumfrage zum Klimawandel aufgegriffen. Vorbilder sind Hamburg, München, Hannover, Düsseldorf oder Bremen.

Die kleinklimatische Wirkung von Dachbegrünungen wurde unlängst im »Grünbuch Stadtgrün«, das unter Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) erarbeitet wurde und im Juni 2015

erschienen ist, nochmals verdeutlicht. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Eine ausgedehnte Dachbegrünung im Neubau und im Bestand entlastet die überlaufende Stadtkanalisation bei stärkerem Regen, kühlt das Stadtklima, filtert Staub und Schadstoffe aus der Luft und stärkt die Leipziger Artenvielfalt. Zudem werten grüne Dächer das Stadtbild einer sich zunehmend verdichtenden Metropole auf. Sie wirken zahlreichen versiegelten, insbesondere innerstädtischen, Flächen entgegen und schaffen neue Freiräume, die bei entsprechender Eignung auch für gemeinschaftliches Gärtnern (»Roof Gardening«) genutzt werden können.

Der Gründachstrategie ist ein Leitbild voranzustellen. Sie sollte auf den Komponenten »Fördern«, »Dialog« und »Fordern« beruhen. Vorschläge gibt es dazu viele: Die Stadt Leipzig mit ihren kommunalen Gebäuden könnte eine Vorreiterrolle übernehmen. Mit einer reduzierten Abwassergebühr könnten Gründächer indirekt gefördert werden. Architekten- und Gründachwettbewerbe könnten das Anliegen weiter stärken. Es gilt, bereits vorhandene Förderprogramme zu nutzen und zu prüfen, ob eine sogenannte Ökokonto-Verordnung eingeführt werden kann!

Öffentlichkeitsarbeit durch Bewusstseinsbildung und Beratung wäre im Wege von Vernetzung und Kooperation mit Forschungseinrichtungen, städtischen Unternehmen und Verbänden weiter auszubauen. Bürgerinformation und das Anbieten von Fachseminaren könnten zusätzliche Bausteine sein. Geeignete Gebiete und Objekte für die Schaffung von Gründächern sind fortlaufend zu identifizieren und die zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumente bei der Bauleitplanung konsequent anzuwenden. Auch mit einer Gründach- bzw. Freiflächengestaltungssatzung nach dem Vorbild der Stadt München könnte eine angemessene Durchgrünung und Gestaltung der Baugrundstücke sichergestellt werden.

Leipzig ist eine grüne Stadt! Betrachten wir den öffentlichen Raum, die Hinterhöfe und den Städtebau insgesamt, so stellen wir allerdings auch fest: Leipzig hat weiteres Begrünungspotenzial! Und die wachsende Stadt stellt uns vor zusätzliche Heraus-

forderungen, wenn es um den Erhalt von Grünflächen und die Schaffung neuer geht! Aufgrund unserer Initiative hat der Stadtrat im Februar die Stadtverwaltung beauftragt, bis Ende des IV. Quartals 2016 eine Gründachstrategie als Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel zu erarbeiten. Weil die Verwaltung die Kostenübernahme von Beratungsgesprächen oder einen Zuschuss für die Errichtung von Gründächern für denkbar hält, hat der Stadtrat ebenfalls beschlossen, für die Umsetzung der Gründachstrategie im nächsten Haushalt vorausschauend entsprechende Mittel einzustellen! ●



Tim Elschner
Stadtrat,
Stadtentwicklungs- und verwaltungspolitischer Sprecher sowie Sprecher für Bürgerbeteiligung und Transparenz,

Jahrgang 1968, Jurist

FA Stadtentwicklung und Bau •
FA Allgemeine Verwaltung •
Grundstücksverkehrsausschuss •
Umlegungsausschuss • Gestaltungsforum • Ehrenrat

Berichte aus dem Stadtrat

Freies City-WLAN-Netz für Leipzig

Es wurde Zeit, dass sich die Stadt Leipzig zur Errichtung eines öffentlichen und frei zugänglichen WLAN-Netzes bekennt. So forderte nicht nur unsere Fraktion seit Jahren, entsprechende Schritte zielstrebig einzuleiten. Ob Stadtfest, Kulturfestival oder ein Kirchentag – kaum ein Event kommt heute noch ohne das Angebot eines öffentlichen und freien WLAN aus. Temporäre und unabhängige Insellösungen waren bis vor Kurzem an der Tagesordnung. Nachdem die Verkehrsbetriebe schon einige Zeit am Innenstadtring ihr Netz kostenfrei anbieten, ist dies jetzt auch in der gesamten City möglich. Dass dies nur für eine Stunde gilt, ist zu kritisieren. Hier muss nachgebessert werden!

Leipzig – Stadt der Vielfalt

von Petra Čagalj Sejdi

Im Jahr 2012 wurde in Leipzig das erste Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig beschlossen. Im Vergleich zu anderen Städten in der Bundesrepublik kam dieses Konzept mehr als spät.

Auch wenn Leipzig einen wesentlich geringeren Anteil an migrantischer Bevölkerung hat als viele andere deutsche Großstädte, so wäre dieses Konzept doch schon Jahre früher nützlich gewesen. Es stützt sich auf acht Eckpunkte:

- Bildung und Erziehung,
- Ausbildung und Qualifizierung,
- Gesundheit,
- sozialräumliche Integration,
- interkultureller und interreligiöser Dialog,
- interkulturelle Orientierung und Öffnung,
- politische Teilhabe,
- Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus

Acht Punkte, die wichtig und essenziell für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in Leipzig sind. Doch wie weit ist die Stadt in Sachen Integration in den letzten Jahren gekommen? Wie viele Maßnahmen konnten umgesetzt werden? Was wurde erreicht?

Nach ungefähr 18 Monaten veröffentlichte das Referat Migration der Stadt Leipzig im Jahr 2014 einen ersten Umsetzungsbericht, der neben den Sprach- und Kulturmittlerdiensten in Kinder- und Jugendeinrichtungen und in der Verwaltung sowie dem Projekt Resque zur Ausbildung von Geflüchteten vor allem mehrsprachige Flyer zur Familienbildung und zum Deutschlernen hervorhebt. Zur interkulturellen Öffnung in der Verwaltung erfährt man lediglich, dass Schulungen angeboten wurden. Kann unsere Stadt damit ihrem Ziel, eine weltoffene und gleichberechtigte Gesellschaft zu sein, nahekommen?

Während wir in Leipzig 2012 gerade mit den ersten Schritten in Richtung Integrationskonzept gingen, waren westdeutsche Großstädte schon längst auf einem anderen Kurs: Vielfalt.

Dort hatte man längst bemerkt, dass Integration allein nicht zum Ziel führt, denn wer sich nicht integriert, nicht als Individuum

in die Gesellschaft eintreten kann und zu einem Teil von ihr werden kann, der bleibt draußen. Wo Integration nicht funktioniert, wird sie zum Gegenteil, spaltet, lässt Parallelgesellschaften entstehen. Das konnte man in vielen Großstädten in den letzten Jahrzehnten beobachten, sodass sich das Konzept des Vielfaltsmanagements durchgesetzt hat, bei dem die oder der Einzelne mit all ihren oder seinen Ecken und Kanten in die Gesellschaft aufgenommen wird und ihren oder seinen Teil beitragen kann, um zu einem Gesamtergebnis zu kommen. Jede Einzelperson ist mit ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion, ihrem Lebensstil, ihrem Aussehen, ihrer körperlichen Verfassung für die Gemeinschaft wichtig und trägt ihren Teil bei. Vielfaltsmanagement oder Diversity Management kommt aus der Wirtschaft und wird in vielen Unternehmen gerne angewandt. Doch auch in der Stadtgesellschaft kann ein erfolgreiches Vielfaltsmanagement zu einem positiven und gleichberechtigten Zusammenleben führen.

Die Stadt Leipzig hat im vergangenen Jahr die Charta der Vielfalt unterschrieben, ein erster Schritt in diese Richtung, jetzt ist es an der Zeit, dass wir weitere Schritte gehen und Vielfalt auch in unserer Stadtgesellschaft umsetzen.

In Städten wie Frankfurt/Main oder Stuttgart ist Vielfalt in den letzten 20 Jahren zu einem Kernthema grüner Politik geworden. Grüne konnten viel erreichen und umset-

zen. Wir Leipziger Grüne können aus diesen Erfolgen lernen und auch unsere Stadt weiter voranbringen zu einer weltoffenen, multikulturellen Großstadt. ●



Petra Čagalj Sejdi

Stadträtin,
migrationspolitische Sprecherin,
Jahrgang 1978,
Germanistik,
Südosteuropawissenschaft,
Kommunikations-

und Medienwissenschaft M.A.,
verheiratet, 2 Kinder

Jugendhilfeausschuss • FA Sport •
Migrantenbeirat • Aufsichtsrat
Leipziger Gewerbehof-gesellschaft
mbH & CoKG • Aufsichtsrat Leipziger
Gewerbehof Service GmbH •
Aufsichtsrat Saatucht Plaußig GmbH •
Verbandsrat Sparkassenzweck-
verband

Berichte aus dem Stadtrat

Leitlinien für den Wilhelm-Leuschner-Platz auf den Weg gebracht

Der Stadtrat beschloss nach umfassender öffentlicher Beteiligung Grundsätze zum Wilhelm-Leuschner-Platz. Auf dieser letzten Brache im Übergang zwischen Innenstadt und Südvorstadt soll ein gemischt genutztes Stadtviertel entstehen. Mögliche Bestandteile können dabei Wissenschaftseinrichtungen, Wohnungen, Büros, Hotels, Gastronomie, eine Markthalle mit ergänzenden Einzelhandelsnutzungen, Anlagen für kirchliche, kulturelle und gesundheitliche Zwecke sowie die Wiedernutzbarmachung des ehemaligen Bowlingtreffs, aber nicht großflächiger Einzelhandel sein.

Gerade die Markthalle am historischen Standort ist unserer Fraktion seit Jahren eine Herzensangelegenheit. Neben den Bauten wird der Platz aber auch freien Raum anbieten. Dieser soll langfristig als Fläche für Veranstaltungen, für Freisitze der angrenzende Gaststätten und zum allgemeinen Aufenthalt dienen. Ein Teil soll zudem begrünt werden.



Foto: Nancy Kallenbach

Keine Kohle mit der Kohle!

von Anett Ludwig

Wir fordern konsequentes Eintreten für Klimaschutz – auch bei den Finanzen der Stadt Leipzig und ihrer Unternehmen!

Der neueste Bericht des Weltklimarats vom Dezember 2015 spricht eine deutliche Sprache: Wenn wir den Klimawandel auf unter 2° Celsius begrenzen wollen, darf der Großteil der fossilen Energiereserven wie Kohle, Öl und Gas nicht verbrannt werden. Alles andere würde eine Destabilisierung des Klimas mit katastrophalen Folgen für Mensch und Natur nach sich ziehen. Laut Weltklimarat müssen Investitionen in fossile Energieträger jährlich um 30 Mrd. US \$ reduziert werden, während Investitionen in kohlenstoffarme Energiegewinnung um 47 Mrd. US \$ steigen müssen.



Überall in der Welt rufen deshalb Bürgerinnen, Kirchen, Studenten, Unternehmer, Ärztinnen, Wissenschaftler, Investoren und Politikerinnen zum Divestment auf. Dahinter steht das Ziel, dass man sich von Aktien, Anleihen oder Investmentfonds trennt, die unökologisch oder unter ethischen Gesichtspunkten fragwürdig sind. Investitionen in fossile Brennstoffe stellen ein Risiko für die Investierenden und für den Planeten dar.

Zahlreiche Städte, Gemeinden, Kirchen, Universitäten, Stiftungen und andere Institutionen haben deshalb begonnen, ihre Investments aus den 200 größten Kohle-, Erdöl- und Erdgasunternehmen abzuziehen. Bereits mehr als 460 Institutionen weltweit – dazu zählen aktuell 57 Städte, die Rockefeller Heritage Foundation und Norwegens staatlicher Pensionsfonds – haben sich so von ihren Anteilen an fossilen Brennstoffunternehmen getrennt. Die Stadt Münster hat als erste deutsche Stadt per Ratsbeschluss ihre gesamten Anlagefinanzen aus klimaschädlichen Fonds abgezogen.

Die Stadt Leipzig hat mit ihrem Energie- und Klimaschutzprogramm 2014 – 2020 schon in der Vergangenheit Engagement im Klimaschutz gezeigt. Gleichzeitig sind die tiefen Narben aus dem Berg- und Tagebau früherer Jahrzehnte im Braunkohlerevier Leipzig und in Sachsen besonders präsent. Diese sind auch nach jahrelanger und kostspieliger Rekultivierung noch immer nicht verheilt. Im Gegenteil: Der OBM Jung verkündete kürzlich erst ein Festhalten an der klimaschädlichen und zerstörenden Braunkohleförderung im Leipziger Umland. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig fragten wir daher an, welche städtische Anlagen in fossile Brennstoffe bestehen und über welche Anteile an indirekten oder direkten Investments in fossile Brennstoffe die Stadt Leipzig und ihre kommunalen Unternehmen verfügt.

Dabei wurde u. a. bekannt, dass die Stadt mit ihrem Spezialfonds bei der Union Investment ca. 4 Mio. € in den Branchen fossile Energie und Grundstoffindustrie investiert. Gemessen am Gesamtvolumen der langfristigen Finanzanlagen der Stadt entspricht dies zwar nur einem Anteil von knapp 4 %. Im Sinne einer nachhaltigen und klimaschonenden Umwelt und Zukunft hält unsere Fraktion jedoch jeden in fossile Energie investierten Euro für einen Euro zu viel! Städte wie Münster haben gezeigt, dass Divestment auf kommunaler Ebene ohne finanzielle Verluste funktionieren kann.

Anlässlich des Global Divestment Day setzten wir gemeinsam mit Umweltverbänden



Anett Ludwig
Stadträtin,
umweltpolitische
Sprecherin,
Jahrgang 1986
FA Umwelt
und Ordnung •
FA Finanzen •
Aufsichtsrat

Stadtwerke Leipzig GmbH (SWL) •
Aufsichtsrat Beratungsgesellschaft
für Beteiligungsverwaltung Leipzig
mbH (bbvl) • Verbandsversammlung
Regionaler Planungsverband West-
sachsen

ein Zeichen für Divestment. Wir bleiben dran an dem Thema für ein lebenswertes und nachhaltiges Leipzig! ●

Berichte aus dem Stadtrat

Energie- und Wassersparprojekt »Halbe-Halbe« an Leipziger Schulen

Das Nutzerverhalten auch in Schulen birgt nach wie vor ein großes Einsparpotenzial beim Verbrauch von Energie und Wasser. Experten gehen davon aus, dass 10 bis 20 % des Gesamtverbrauchs in öffentlichen Gebäuden eingespart werden können.

Das Projekt »Halbe-Halbe« will diese Einsparressourcen mit Hilfe von Projekten mit Kindern finden und nutzen. Als Anreiz zum Sparen erhalten die Schulen 50 % der eingesparten Mittel für Anschaffungen. Und auch die Hausmeisterinnen und Hausmeister erhalten eine Prämie für erfolgreiches Sparen. Das Projekt läuft schon lange erfolgreich in anderen deutschen Städten wie Chemnitz, Frankfurt/Main, Hannover oder Berlin.

Mit einer deutlichen Mehrheit hat der Stadtrat unserem Antragsvorschlag zugestimmt.

Stellungnahme der Stadt zur Weiterführung des Kiessandtagebaus Kleinpösna

Die »erheblichen Bedenken« gegen die Weiterführung des Kiessandtagebaus Kleinpösna, die auf Druck des Ortschaftsrates Engelsdorf von der Verwaltung zurückgenommen worden waren, konnte unsere Fraktion mit einem Änderungsantrag nun doch wieder in die Stellungnahme an das Oberbergamt hinein formulieren.

Wir übten dabei harsche Kritik an der Meinung des Ortschaftsrates, dem das Versprechen des Tagebaubetreibers, die Kiesgrubenstraße zu ertüchtigen, unter dem Beifall der ewig Gestrigen in der CDU-Fraktion anscheinend genug war. Das Vorhaben insgesamt hält unsere Fraktion für ökologisch, (volks-)wirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich höchst bedenklich. Ein weiterer Abbau würde außerdem zu einem unwiederbringlichen Verlust von insgesamt 80 ha Landwirtschaftsfläche führen.

Kulturangebote mit- und füreinander anbieten und erleben

von Annette Körner

Nicht nur bei den Förderschwerpunkten für die Freie Szene spielen Migration und Inklusion eine Rolle. Alle Kulturbetriebe sind gefordert und viele engagieren sich.

Die Aufnahme von Flüchtlingen in unserer Gesellschaft erscheint manchen als Crashkurs. Denken wir nicht nur an die humanitären Erfordernisse einerseits und die Gegenseite andererseits, sondern auch an die Komplexität integrativer Angebote.

Zum einen ist da die viele Zeit der Flüchtlinge mit Warten und Hoffen. Andererseits ist da unser »Weiter so« im Alltag, d. h., wenn wir uns neben dem Job noch in Vereinen bewegen, Kultur genießen, den Boden im Garten beackern, uns zum Sport oder Chor und anderswo treffen. Wo findet da Integration statt? Dass dies nicht immer leicht ist, lässt sich allein anhand von Sprachbarrieren nachvollziehen, aber auch an der Fremdheit auf beiden Seiten und den unterschiedlichen Bedürfnissen einer und eines jeden Einzelnen.

Leipziger Leitlinien zur Integration gibt es seit 2011, Schwerpunkte sind Sprachkurse und DAZ-Klassen (DAZ = Deutsch als Zweitsprache). Noch im Entwicklungsstadium sind Projekte gelingender Teilhabe, doch auch kulturelle Einrichtungen öffnen sich auf neue Art. Seit dem Herbst treffen sich im Völkerkundemuseum monatlich Initiativen zur »Plattform Grassi«, die mit und für Flüchtlinge an kulturellen Angeboten arbeiten. Auch in der Freien Szene gibt es Vernetzungstreffen und viele Einzelprojekte. Museen richten neue Räume ein zur Bildung und Begegnung. Das Theater der Jungen Welt brachte mittels gesponserter Busse Familien zu Aufführungen, das Schauspielhaus lädt erfolgreich mit privat gespendeten Karten ein und Schauspielerinnen und Schauspieler bieten Kennenlernnachmittage an. Über die Volkshochschule, Bibliotheken, die DAZ-Klassen und

den Flüchtlingsrat werden Flyer zu kostenfreien Kultur- und Kunstangeboten verteilt. In Vereinen wie der Villa e.V. und in vielen Kirchen finden zusätzliche Sprachkurse statt, es wird aber auch zusammen gekocht und gegessen oder bei wöchentlichen Treffen versucht, sich kennenzulernen.

Die Kulturverwaltung beantwortet eine Anfrage der Linken mit einer Auflistung städtischer Angebote und schreibt: »Der Anteil der Migrantinnen und Migranten beträgt inzwischen fast 12 Prozent ... Die kommunalen Kultureinrichtungen sind deshalb gefordert, eine Willkommenskultur zu gestalten, die kulturelle Mehrstimmigkeit und Internationalität zum Ausdruck zu bringen, Sprachbarrieren abzubauen und Verständigungsprozesse zu begleiten, z.B. durch mehrsprachige Informationsmaterialien, Audioguides und Webseiten. Eine Herausforderung an die kulturelle Bildung in Leipzig wird es sein, Konzepte für eine differenzierte und zugleich inklusive, generationsübergreifende und interkulturelle Teilhabe zu entwickeln, um so vielfältigen Milieus zu ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.«

Dies zu erleben steht in krassm Widerspruch zu täglichen Medienberichten über Bedenkenträger und -trägerinnen sowie zu verschiedenen Aggressionen sowie den Demonstrationen gegen die Aufnahme von Fliehenden. Fragen wir uns selbst, wovon wir profitieren, wenn wir unsere Freizeit gestalten, Theater und Musik genießen oder in Vereinen uns gemeinsam engagieren. Was erfüllt uns daran, was bringt uns zum Nachdenken und wodurch? Welche Funktion haben für uns Kultur und Kunst? Wie geht es den neu in unserer Gesellschaft Angekommenen mit unzureichenden Sprachkenntnissen, aber mit dem Wissen über unsere Welt aus TV und Kinofilmen, mit schwer wiegenden Erlebnissen in der Vergangenheit und mit dem Wunsch, irgendwo anzukommen, wo Leben möglich ist und nicht Sterben als Risiko vorn ansteht. Wenn zuvorderst die humanitäre Hilfe funktioniert, kann Integration folgen und Quelle belebender, kreativer, kultureller und friedlicher Vielfalt in unserer Stadt sein. Kunst und Kultur erleben zu können, selbst kreativ zu sein, dies sind wichtige Güter, um glücklich und gesund zu leben. Wir können dies gemeinsam versuchen. ●



Annette Körner

Stadträtin,
kultur- und wirtschaftspolitische Sprecherin,
Vorsitzende des Kulturausschusses,
Jahrgang 1962,
Betriebliche

Umweltschutzbeauftragte, Geschäftsführerin Förderverein des Uiz, 3 Kinder

FA Kultur (Vorsitzende) • Betriebsausschuss Kulturbetriebe • FA Wirtschaft und Arbeit • Betriebsausschuss Stadtreinigung • Aufsichtsrat LWB • Trägerversammlung Sparkasse • Verbandsrat Sparkassenzweckverband

Berichte aus dem Stadtrat

Strategie für den Flughafen Leipzig-Halle (LEJ)

Eine Einwohneranfrage beschäftigte sich mit der zukünftigen Strategie für den LEJ. Die Mitteldeutsche Flughafen AG plant – nach der Verlagerung des DHL-Luftfrachtdrehkreuzes 2007 nach Leipzig – den LEJ zu einem internationalen Frachtflughafen und Dresden zum internationalen Passagierflughafen »Dresden International« auszubauen. Auf die Fragen, warum der OBM (Mitglied des Aufsichtsrates) dieser Strategie zugestimmt hat und was er zu tun gedenkt, um die nächtlichen Lärm-, Schadstoff- und gesundheitlichen Belastungen signifikant zu reduzieren und das Passagieraufgebot zu verbessern, antwortete Bürgermeister Albrecht (CDU). Demnach sei das Passagieraufkommen auf dem Leipziger Flughafen nicht gesunken, sondern gleich geblieben. Weniger Starts von Passagiermaschinen wurden durch größere Platzzahlen ausgeglichen. Ausschlaggebend für die Entwicklung der Passagierzahlen seien die Nachfrage und die Kosten. Zudem verwies er auf die Lärmschutzmaßnahmen. Demnach ersetze DHL 33 Maschinen, diese aber eben nicht gegen neue, sondern »neuere gebrauchte« mit größerer Tonnage. Die Verteilung der Starts auf die Landebahnen soll nach seiner Aussage weiter diskutiert werden.



Foto: Theater der Jungen Welt

Zeit für Informationsfreiheit!

von Ingo Sasama

Im Gegensatz zum Datenschutz ist die Informationsfreiheit weder in der Stadtverwaltung noch im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger präsent. Noch viel zu verbreitet ist die Auffassung, Bittstellende zu sein, anstatt selbstbewusst ihr Recht einzufordern. Zeit, dies zu ändern!

Die meisten Menschen in Leipzig wissen nicht, dass ihnen das Recht auf Information zusteht, und fordern es daher auch nicht aktiv ein – und dies, obwohl der Stadtrat auf Initiative unserer Fraktion 2012 eine Informationsfreiheitsgesetz beschlossen hat. Weil diese wegen überhöhter Gebühren und schlechter Handhabbarkeit nicht praktikabel war, wurde sie auf unsere Initiative hin im Mai 2015 in Bezug auf die Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung und die Verwaltungskosten nachgebessert.



Foto: Fraktion

Nicht umgesetzt wurde unsere Forderung, die Informationspolitik dahingehend zu verbessern, dass die Informationsfreiheitsgesetz auf www.leipzig.de, im Amtsblatt und auf Flyern leicht verständlich erklärt wird.

Dank des neuen Ratsinformationssystems, das wir wesentlich mitprägen konnten, ist die Stadtratsarbeit heute schon insofern sehr transparent, dass die Informationen, die den Stadtrat für öffentliche Sitzungen erreichen, über das Internet für alle Interessierten tagaktuell nachgelesen werden können.

Doch Verwaltungsarbeit ist wesentlich umfassender. So gibt es in den Ausschüssen zahlreiche Informationen, z. B. zu Bau-, Sanierungs- und Pflegevorhaben der Stadt, Stellungnahmen zu Vorhaben der Umlandgemeinden, Gutachten und anderes, die als vertraulich eingestuft werden, obwohl es

für diese Geheimniskrämerei keine Rechtsgrundlage gibt. Denn gerade diese sogenannten kleinen Dinge sind es, die mich in meiner Straße, in meinem Park oder an meiner Straßenkreuzung interessieren und zu denen mir Informationen vorenthalten werden, weil sie nicht nachzulesen sind. Das halten wir für einen rechtswidrigen Zustand, den wir seit zwei Jahren beanstanden, aber bisher erfolglos!

Und darüber hinaus gibt es ja noch viel mehr Interessantes, was in den Ämtern vorhanden ist und problemlos veröffentlicht werden könnte, z. B.:

- Gutachten, Erhebungen und Statistiken, die in den Ämtern zu bestimmten Fragen ermittelt oder von externen Firmen oder Büros angefertigt werden;
- öffentlich-rechtliche Verträge und Vereinbarungen;
- Veröffentlichungen von Urteilen in Rechtsstreitigkeiten, an denen die Stadt Leipzig beteiligt war und die von besonderem öffentlichen Interesse sind;
- Veröffentlichungen von verwaltungsinternen Beschlüssen, die wegen der Wertgrenzen in die alleinige Zuständigkeit des OBM fallen, aber von allgemeinem Interesse sind.

Stadtrat Tim Elschner, der schon vor seinem Mandat leidenschaftlich für Transparenz, Bürgerbeteiligung und Informationsfreiheit gekämpft hat, hat nun für die Fraktion den Vorschlag eingebracht, dass künftig der oder die Datenschutzbeauftragte kompetente Anlaufstelle dafür sein könnte. Sie oder er könnte sowohl Außenstehende beraten und dabei unterstützen, ihr Recht auf Information durchzusetzen, als auch den Angestellten der Verwaltung Rat geben und sie sachgerecht informieren.



Ingo Sasama

Fraktionsgeschäftsführer,
Jahrgang 1960,
verheiratet,
3 Kinder, 3 Enkel

Aufsichtsrat
Stadtwerke
Leipzig GmbH

(SWL) • Aufsichtsrat LeCos

Zeit dafür wird es allemal – für unser gutes Recht als Bürgerin und Bürger. ●

Berichte aus dem Stadtrat

Leipzig ohne Plastiktüten – keine Mehrheit im Stadtrat

Plastiktüten schädigen die Umwelt sehr langfristig und fördern den Klimawandel durch ihren hohen CO₂-Verbrauch bei der Produktion. Tiere verenden qualvoll, weil sie Plastikteile verschlucken. Aus diesem Grund stellte die SPD-Fraktion einen Antrag, die Zahl der Tüten in Leipzig zu verringern.

Während die Verwaltung dem Ansinnen ablehnend gegenüberstand, sieht unsere Fraktion hingegen durchaus relevante Gestaltungsräume. So haben wir ergänzend beantragt, die Marktsatzung so zu modifizieren, dass Händlerinnen und Händler bei Märkten und Veranstaltungen zukünftig auf Plastiktüten verzichten. Der Vertreter des Jugendparlaments machte auf das Erbe für die künftigen Generationen aufmerksam, die übermäßig unseren heutigen Wohlstandsmüll erben werden.

Trotzdem fand das Ansinnen im Stadtrat keine Mehrheit.

Prämissen für die Fortschreibung des Nahverkehrsplans beschlossen

Wir haben beantragt, die Fortschreibung des Nahverkehrsplan einerseits ohne finanzielle Denkbarrieren zu planen und zu diskutieren und sie stattdessen an den tatsächlichen Bedarfen der wachsenden Stadt und den vereinbarten Prioritäten im Stadtentwicklungsplan Verkehr und Öffentlicher Raum auszurichten. Andererseits sollen diese Bedarfe anhand einer realistischen Bevölkerungsvorausschätzung diskutiert werden. Dies ist insofern wichtig, als die Statistiken in den vergangenen Jahren das starke Bevölkerungswachstum unserer Stadt nicht erkannten und somit große Probleme nicht nur beim Kita- und Schulbau entstanden. Während eine aktuelle Bevölkerungsvorausschätzung noch erarbeitet wird, muss man sich momentan oberhalb der 2013 angenommenen optimistischsten Variante der Bevölkerungsentwicklung orientieren.

Leipzig – Messestadt und FairTradeTown

von Cordula Rosch

Über 500 Jahre Handels- und Messegeschichte haben Leipzig als weltoffene Stadt geprägt. Dadurch reich und bedeutend geworden, fand hier gleichzeitig ein intensiver kultureller und religiöser Austausch statt. Somit war die Stadt immer schon Umschlagplatz, auch für Nachrichten aller Art, auch für neue Entwicklungen, Ideen und Anschauungen.

Wie schon vor Jahrhunderten bei den Messen werden die Preise noch heute von Firmen und dem Zwischenhandel gemacht. Der Lohn für die Produzierenden ist zumeist erschreckend gering im Verhältnis zum Gesamtpreis. Durch eine größtmögliche Intransparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten schützen sich Firmen vor kritischen Nachfragen. Es ist schwer nachzuvollziehen, woher das Produkt kommt, unter welchen Umständen es produziert wurde und wer wie viel vom Endpreis erhält. Es läuft viel schief, wenn Kinder wie im Mittelalter arbeiten müssen, weil das Einkommen der Eltern nicht ausreicht. Kinderarbeit für Ferrero bei der Haselnussernte in der Türkei oder in indischen Steinbrüchen für Grabsteine auf deutschen Friedhöfen, 500 Tote beim Einsturz einer Textilfabrik für KiK in Bangladesch – es gibt viele Negativbeispiele, die ein Umdenken und den Druck der Endverbraucherinnen und -verbraucher auf die Firmen für die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards bei der Produktion und Rohstoffgewinnung einfordern.

Vor ca. 40 Jahren hat dies zur Gründung von Eine-Welt-Initiativen für gerechten Handel geführt. Seitdem kennen wir die Eine-Welt-Läden, die verschiedenen Labels und Zertifikate wie FairTrade. Diese Initiativen decken auf, wie sich Firmen, Handels-, Transportunternehmen und Staaten durch Zölle bereichern, während die Produzierenden mit einem Anteil von 1 % oder weniger des Endpreises abgespeist werden.

Aber nicht nur jede und jeder Einzelne hat es in der Hand, regionalen (nachhaltig im Kleinen) und fair produzierten (nachhaltig im globalen Zusammenhang) Waren den Vorzug zu geben – zumal es zum Teil wenige Cent mehr sind (für eine Tasse Fair-Trade-Kaffee bspw. 1,5 Cent), die einen großen Unterschied machen können. Auch

Kommunen nehmen ihre Verantwortung für die eine Welt wahr, wenn sie in der Vergabeordnung für Baustoffe und Leistungen oder bei der Beschaffungen für z. B. die Berufsbekleidung für die Feuerwehren und über die Kantinen ihren Einfluss nutzen und Fair-Trade-Grundsätze vorgeben.

Der Stadtrat Leipzig hat auf unseren Antrag hin 2006 beschlossen, keine Produkte aus Kinderarbeit mehr einzukaufen. In der Rathauskantine wird schon seit 2002 nur Fair-Trade-Kaffee ausgeschenkt. 2011 beteiligte sich Leipzig als erste sächsische Stadt erfolgreich am Wettbewerb FairTradeTown und seit 2015 ringt Leipzig um den Titel Fair-Trade-Hauptstadt. Wir haben den Titel zwar nicht erhalten, aber den 4. Platz im Ranking sowie 12.500 € Preisgeld – und das ist auch schon sehr gut. Die Uni Leipzig erhielt 2015 den Titel FairTradeUni.

Diese Arbeit wird von den hier Aktiven (unterstützt durch das Dezernat Umwelt, Ordnung, Sport) getragen. In der Steuerungsgruppe FairTradeTown vertrete ich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie trifft sich monatlich im Stadtbüro, um öffentlich wirksame Aktionen zu planen, zu beraten und umzusetzen, damit sich der Fair-Trade-Gedanke in allen Bereichen noch stärker verbreitet: öffentliche Beschaffung, Gastronomie, Einzelhandel, Cafés und Kaffeeröstereien, Blumenhandel, Bildungseinrichtungen und -veranstaltungen, Kunst etc. Erwähnenswert scheint mir, dass es in Leipzig fünf UNESCO- und zwei Fairtrade-Schulen gibt, die nachhaltiges Leben und globale Verantwortung in ihren Projekten abbilden. Die Leipziger Messe trägt mit ihrer Gastronomiefirma FairGourmet den Fair-Trade-Gedanken in die Welt.

Wer sich z. B. informieren möchte, wo es in Leipzig fair gehandelte Produkte zu kaufen gibt, findet die Übersicht unter



Foto: Fraktion

www.fairtrade-leipzig.de. Es ist noch viel Platz für weitere Initiativen: So fehlt Leipzig z. B. noch eine Schokoladenmanufaktur, die fair produzierte Bestandteile verarbeitet. ●



Cordula Rosch

Referentin der Fraktion, Jahrgang 1968, verheiratet, 3 Kinder

Beirat Schulbibliotheken • Stadtbezirksbeirat

Südwest • Steuerungsgruppe FairTradeTown

Berichte aus dem Stadtrat

Festlegungen zum Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag

Reichlich spät, nachdem der OBM und dessen zuständiger Geschäftsbereich Kommunalwirtschaft es endlos verzögert hatten, beschloss der Stadtrat nun, dass der Zuschuss für die die LVB auf 45 Mio. € pro Jahr festgesetzt wird.

Unsere Fraktion kritisierte den Betrag als zu gering und setzte sich, wie auch Die Linke, dafür ein, ihn um 3 Mio. € zu erhöhen, damit die stetig wachsenden Betriebskosten beim ÖPNV nicht einseitig in Form von erhöhten Preisen auf die Kunden abgewälzt werden.

Leider scheiterte dies erneut an den Stimmen von SPD und CDU.

Umstellung der Linie 9 nach Absage der Stadt Markkleeberg

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich, die Linie 9 zwischen Connewitz/Kreuz und Markkleeberg umzubestellen, weil der Landkreis und die Stadt Markkleeberg sich entschieden haben, die Linie 9 abzubestellen. Umfangreiche Diskussionen versuchten die gegensätzlichen Positionen um die Prioritätensetzung im ÖPNV-Netz der LVB zu beleuchten. Die LVB setzt das beschlossene Konzept seit Mitte November erfolgreich um. Hintergründe dazu haben wir im letzten Ratschlag erläutert.

Leipzig bald auch ohne Wildtiere im Zirkus?

von Alrun Tauché

Ein Thema, das seit dem letzten Jahr in der Öffentlichkeit präsent ist und diskutiert wurde, war die im August 2015 eingereichte Petition, zukünftig keine kommunalen Flächen in Leipzig für Zirkusbetriebe mit Wildtieren zur Verfügung zu stellen.

Eine engagierte Initiative von Tierschützerinnen und -schützern hatte sich zusammengefunden und mit Aktionen sowie dem Sammeln von Unterschriften auf das Thema aufmerksam gemacht. Auch über die sozialen Netzwerke wurde geworben, sodass in relativ kurzer Zeit über 3.300 Unterschriften zusammenkamen. Der Petitionsausschuss empfahl die Annahme der Petition. Damit hätte die Verwaltung, genauer, das Dezernat Umwelt und Ordnung mit Bürgermeister Rosenthal (Die Linke), Zeit gehabt, das Verfahren innerhalb der vorgesehenen Frist von 6 Wochen abzuschließen. Stattdessen wurde vonseiten der Verwaltung versucht, das Verfahren zu blockieren und das Ansinnen mit einer Hinhaltenaktik zu verhindern. So kam die Petition erst am 24. Februar 2016, also ein halbes Jahr später, auf die Tagesordnung der Ratsversammlung.

Bereits seit 2010 fordert die Bundestierärztekammer (BTK) ein generelles Verbot für alle Wildtiere in Zirkussen, vor allem aber für Affen (nichtmenschliche Primaten), Tümmler, Greifvögel, Wölfe, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner und Flusspferde, da diese Tiere schon im Grundsatz nicht artgemäß nach § 2 Nr. 1 und 2 TierSchG untergebracht werden können.

Bereits dreimal wurde eine Initiative dazu vom Bundesrat beschlossen, zuletzt im



Foto: PETA

März 2016 (!), da die Erfahrung zeigte, dass die bestehenden Regelungen zum Schutz von Tieren in Zirkusbetrieben nicht greifen, und weil eine art- und verhaltensgerechte Unterbringung unter den besonderen Bedingungen eines reisenden Zirkusunternehmens systemimmanent und praktisch nicht möglich ist. Bisher ist die Bundesregierung diesem Auftrag des Bundesrates jedoch nicht nachgekommen. Daran haben auch das mittlerweile eingeführte Zirkuszentralregister und die Zirkusleitlinien, die lediglich der Orientierung dienen und nicht rechtsverbindlich sind, nichts geändert.

Inzwischen haben viele deutsche Städte (über 40) das Elend der Tiere hinter den Glitzerkulissen erkannt und angesichts der Blockadehaltung des zuständigen Ministeriums kommunale Verbote für Wildtiere auf ihren Flächen erlassen. Europaweit haben inzwischen 18 Länder entsprechende Beschlüsse gefasst.

Im Februar traf nun auch der Leipziger Stadtrat eine solch wegweisende Entscheidung. Nach einer längeren kontroversen Diskussion einigte man sich mit den Petentinnen und Petenten, den Begriff Wildtiere im Sinne der besagten Empfehlung der BTK genauer zu definieren. Dieser Grundkonsens, Zirkusbetrieben mit nichtmenschlichen Primaten, Tümmlern, Delfinen, Greifvögeln, Wölfen, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörnern und Flusspferden keine kommunalen Flächen mehr zur Verfügung zu stellen, schloss sich letztlich die rot-rot-grüne Mehrheit im Stadtrat an.

Ungeachtet der angekündigten Klagen von Zirkusunternehmen sind wir der festen Überzeugung, eine wichtige und richtige Entscheidung im Sinne des Tierschutzes getroffen zu haben. Auch die Initiatorinnen und Initiatoren der Petition zeigten sich zufrieden, ihr Ziel weitgehend erreicht zu haben. Allerdings zeigt jetzt aktuell das Beispiel, des in Leipzig gastierenden Zirkusbetriebs Berolina, bei welchem ein verletzter Elefant auftreten musste und weitere Verstöße gegen das Tierschutzgesetz festgestellt und beim Veterinäramt angezeigt wurden, dass jetzt dringend gehandelt werden muss.

Trotz allem – ein Anfang ist gemacht – für mehr Tierschutz in Leipzig! ●



Alrun Tauché

Mitarbeiterin der Fraktion, Jahrgang 1967

Aufsichtsrat Zoo • Stadtbezirksbeirat Mitte • Tierschutzbeirat • AG Straßenbenennung

Berichte aus dem Stadtrat

Livestream aus dem Stadtrat wird fortgeführt

Auch zukünftig können Interessierte die Ratsversammlungen per Livestream verfolgen. Außerdem wird es aufgrund einer Initiative unserer Fraktion fortan möglich sein, die Aufnahmen als sogenannte Videos on demand auch auf der städtischen Website anzubieten und damit auch zeitversetztes oder nachträgliches Sehen zu ermöglichen. Persönlichkeitsrechte und datenschutzrechtliche Interessen spielten in diesem Zusammenhang für unsere Fraktion selbstverständlich eine gewichtige Rolle und wurden beachtet!

Neues wohnungspolitisches Konzept

Leipzig wächst deutlich stärker als erwartet. Das breit diskutierte wohnungspolitische Konzept wird von dem Leitbild getragen, dass alle Menschen entsprechend ihrer Wünsche, Bedürfnisse sowie materiellen Möglichkeiten adäquaten Wohnraum finden können. Gleichzeitig sollen die während des zurückliegenden Stadtumbaus entstandenen Potenziale und innovativen Projekte weiter gefördert werden.

Außerdem gilt es, vor allem die negativen Effekte eines angespannten Wohnungsmarktes zu vermeiden bzw. zu vermindern. Ziel ist es, ein Gleichgewicht zu schaffen zwischen der langfristigen Bezahlbarkeit des Wohnens und guten Rahmenbedingungen für eine notwendige Erweiterung des Wohnungsbestandes. Unsere Fraktion hat den Prozess sehr eng begleitet und zahlreiche Initiativen einfließen lassen.

Leipzig braucht neue Schwimmflächen!

von Michael Schmidt

Leipzig wächst. Allein im vergangenen Jahr fanden 15.000 Menschen in Leipzig ein neues Zuhause, die Einwohnerzahl stieg auf 570.000. Mit der wachsenden Stadt wachsen auch die Aufgaben und Bedürfnisse. Mit dem vorgelegten Abschlussbericht zum Sportprogramm 2015 wird deutlich, dass die Weichen in den vergangenen Jahren in die richtige Richtung gestellt wurden und bereits viel erreicht werden konnte, sei es bei Investitionen zur Sanierung oder den Neubauten von Sportstätten oder auch beim Erhalt der kostenfreien Nutzung von Sportstätten im Kinder- und Jugendsport.

Dennoch dürfen wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen, sondern müssen mit Elan die weiteren Bedarfe und Herausforderungen der wachsenden Stadt angehen. Unsere Fraktion fordert in diesem Zusammenhang bereits seit vergangenem Jahr den Neubau



Foto: Fraktion



Michael Schmidt

Stadtrat, jugend-, familien- und sportpolitischer Sprecher, Vorsitzender des Petitionsausschusses, Jahrgang 1977

Kommunikations-/Medienwissenschaftler und Politologe, Lebensgemeinschaft, 2 Kinder

Petitionsausschuss (Vorsitzender) • Jugendhilfeausschuss • (inkl. Unterausschuss Finanzen) • FA Sport • Kinder- und Familienbeirat • Aufsichtsrat LVB • Aufsichtsrat Sportbäder Leipzig GmbH (SBL) • Jugendbeirat

mindestens einer zusätzlichen Schwimmhalle, um den enorm gestiegenen Nutzerdruck aller Gruppen, vom Schulschwimmen über das Vereinsschwimmen bis hin zu den freien Schwimmstunden, zu begegnen.

Bislang verfolgte die Stadtspitze den Plan, diese Investition der städtischen Sportbäder GmbH zu überlassen. Die hat jedoch noch bis 2021 den Kredit für den Bau des Elsterbades abzuzahlen und ist auch aktuell mit Investitionen in die Erweiterung der Schwimmhalle Mitte um einen Flachwasserbereich und ins Ökobad Lindenthal engagiert. Eine Eigenfinanzierung eines Neubaus zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen wäre so erst ab 2022 darstellbar. Es braucht demnach zwingend eine städtische Kofinanzierung.

Wie dringlich eine neue Schwimmhalle ist, zeigen allein schon die Zahlen (siehe Grafik). Dementsprechend würde auch der Bau von zwei Schwimmhallen, wie sie der Leipziger Schwimmverband fordert, gerechtfertigt sein. Bereits heute sehen wir uns in etwa dem gleichen Nutzerdruck wie vor der Eröffnung des Elsterbades im Jahr 2008 gegenüber. Eine neue Schwimmhalle ist jedoch noch nicht einmal in Planung, könnte also frühestens 2019/20 eröffnet werden, sofern man jetzt umgehend die richtigen Entscheidungen trifft. Anderenfalls gefährdet man mittelfristig nicht nur die Absicherung des Schulschwimmens, sondern beschneidet auch Leipziger Schwimmsportvereine bei ihrem Schwimmflächenbedarf. Auch die heute schon vollen Bahnen in den eng begrenzten Zeiten für freies Schwimmen für die Bürgerinnen und Bürger werden sich kaum lichten. Die Pflicht, hier neue und zusätzliche Angebote zu schaffen, liegt auf der Hand und ist unsere Verantwortung!

Einen großen Bedarf sehe ich auch im Bau einer weiteren wettkampffähigen 50-m-Schwimmhalle, die neben der teuer anzumietenden Uni-Schwimmhalle den Vereinen neue Möglichkeiten bietet und zugleich das Publikum mittels einer Sitzplatztribüne an Wettkämpfen teilhaben lässt.

Eine konkrete Aussage zum Schwimmhallenneubau hat Bürgermeister Rosenthal (Die Linke) auf die lange Bank geschoben, statt, wie ursprünglich vom Stadtrat be-

schlossen, zum Ende des vergangenen Jahres eine konkrete Aussage zu treffen. Entsprechend gespannt sind wir auf den Entwurf des Sportprogramms 2016 – 24, der bis zum Sommer vorliegen soll. Eine Verschiebung des dringlichen Schwimmflächenbedarfes werden wir keinesfalls akzeptieren. ●

| Jahr | Anzahl Einw./m ² Wasserfläche* | Hintergrund |
|------|---|---|
| 2007 | 85 | vor Fertigstellung Elsterbad |
| 2008 | 74 | nach Fertigstellung Elsterbad und Schließung der SH Südwest |
| 2015 | 82 | |
| 2020 | vorauss. 88 | |

*ohne Uni-SH und Sachsen-Therme

Berichte aus dem Stadtrat

Mehr Haushaltsmittel für Straßenbahnen

Infolge eines bereits mit dem Beschluss des Doppelhaushaltes 2015/16 bestätigten Haushaltsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entschied der Stadtrat, der LVB zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 2 Mio. € jährlich zur Finanzierung neuer Straßenbahnen zukommen zu lassen. So werden die neuen Straßenbahnen ab kommendem Jahr schrittweise die alten Tattras ablösen und so nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch deutlich moderner und komfortabler im Sinne der Kundschaft der LVB unterwegs sein.

Fußverkehrsbeauftragter kommt!

Unsere Fraktion hat erfolgreich die Einrichtung einer Stelle für die oder den Fußverkehrsbeauftragten beantragt. Obwohl schon Mitte 2015 vom Stadtrat beschlossen, ist sie aber bisher nicht realisiert worden. Der OBM verweist darauf, dass diese Beauftragtenstelle aufgrund der Einordnung im Haushalt abgebildet werden muss und deswegen frühestens 2017 kommt. Die Umsetzung des Antrags wurde auf dieser Basis per Protokollnotiz zugesagt.

Wer zahlt den ÖPNV der Zukunft?

von Daniel von der Heide

Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) investieren dieses Jahr 26 Mio.€ ins Straßennetz und halbieren damit die Anzahl der Langsamfahrstellen im Netz.

Angeht es eines stagnierenden Zuschusses der Stadt (zum Vergleich: Der Zuschuss an die Oper Leipzig wurde von ca. 40 Mio. € 2012 auf über 46 Mio. € 2016 erhöht) und steigender Kosten u. a. aufgrund von Tarifsteigerungen und Energiekosten bleibt der Erhalt der Investitionsfähigkeit der LVB eine Herausforderung. Bspw. musste eine im Zug der Wirtschaftlichkeit geplante weitere Ausbaustufe des Technischen Zentrums Heiterblick vorerst auf Eis gelegt werden, weil die Investitionen ins Netz und die neuen Straßenbahnen Priorität haben. Zugleich muss man aber ebenso sagen, dass auch in Zeiten höherer Zuschüsse die LVB zu wenig investiert haben. Nicht zuletzt an diesem Rückstau (auch z. B. im Vergleich zu Dresden) leidet der ÖPNV in Leipzig heute.

Am 15. und 16. März fand am Deutschen Institut für Urbanistik eine Veranstaltung zur Zukunft der kommunalen Verkehrsfinanzierung statt. Vor dem oben beschriebenen Hintergrund und den damit einhergehenden und schon seit vielen Jahren üblichen jährlichen Preisanpassungen beim ÖPNV in Leipzig ist gerade dieses Thema für unsere Stadt sehr aktuell.

Derzeit erarbeitet und prüft der Mitteldeutsche Verkehrsverbund (MDV), vor allem auf Druck der politischen Entscheidungsträger aus Leipzig, derzeit alternative Finanzierungskonzepte. Der MDV und damit auch Leipzig sind damit Vorreiter in Deutschland. Interessant wird dabei insbesondere die Frage, ob es überhaupt rechtliche Möglichkeiten gibt, die in der Diskussion befindlichen alternativen Finanzierungskon-



Foto: Fraktion

zepte umzusetzen. Ausschlaggebend dafür dürfte die Landesgesetzgebung sein, was wiederum eine gesamtdeutsche Betrachtung ausschließt und so eine Übertragung von Best Practice erschwert.

Neben dem in der Presse schon mehrfach diskutierten Bürgerticket gibt es in der bundesdeutschen Diskussion andere, vielleicht viel interessantere und erfolgversprechendere Ansätze, die einer näheren Betrachtung unterzogen werden. So diskutiert man unter den Aufgabenträgern die Einführung eines verpflichtenden Jobtickets ebenso wie ein verpflichtendes Gästeticket. Letzteres erinnert in der Diskussion an die bereits in Dresden gescheiterte Bettensteuer bzw. Kulturabgabe. Beim verpflichtenden Jobticket hingegen kann man gespannt sein auf die Position des Kämmerers, sollte man dieses für städtische Angestellte einführen wollen. Diskutiert wird überdies eine Abgabe von Unternehmen oder auch auf Grundstücke über die Grundsteuer. Eine Staffelung der Grundsteuerbemessung zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Anbindung an den ÖPNV ist dabei jedoch nicht möglich.

Aber: Ganz egal, welche Ergebnisse die Prüfung der diskutierten Alternativen beim MDV hervorbringt. Sie wird nicht die Frage beantworten, die uns in den nächsten Jahren maßgeblich beschäftigen wird. Während nämlich der MDV an Alternativen zu den jährlichen Preissteigerungen arbeitet, wurde auf dem Flüchtlingsgipfel der Ministerpräsidenten im September 2015 einstimmig (!) sozusagen nebenher eine Einigung bei der künftigen Vergabe der Regionalisierungsmittel des Bundes für den ÖPNV erzielt. Dies geschah jedoch, zur Überraschung der offenbar überforderten Ministerpräsidenten und ihrer Verkehrsminister, deutlich zulasten der neuen Bundesländer. So wird Sachsen bis 2030 über 900 Mio. € weniger an Bundeszuschüssen erhalten, als bisher zu erwarten war. Da der Freistaat derzeit seine gesamte ÖPNV-Finanzierung über diese Bundeszuschüsse finanziert, also überhaupt kein »eigenes« Geld investiert, können die Folgen dramatisch sein.

Dennoch müssen auch die kommunalen Spielräume genutzt werden, um einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV in Leipzig zu sichern. ●



Daniel von der Heide

Stadtrat,
verkehrspolitischer Sprecher,
Prokurist,
Jahrgang 1983,
1 Kind

FA Stadtentwicklung und Bau • Verwaltungsausschuss • Rechnungsprüfungsausschuss • Vergabegremium VOB • Aufsichtsrat LVB • Verbandsrat Zweckverband Naherholungsgebiet Kulkwitzer See

Berichte aus dem Stadtrat

Maßnahmen aus Bildungsreport werden weiterentwickelt

Der alle zwei Jahre veröffentlichte Leipziger Bildungsbericht enthält wertvolle Informationen über Bildungsangebote und -erfolge, Bildungszugängen und Bildungsgerechtigkeit.

Es werden auch die Probleme benannt, wie bspw. die viel zu hohe Schulabbrecherquote in Leipzig.

Wir haben erfolgreich beantragt, dass daraus ein Maßnahmenpaket abgeleitet werden sollte, um die Bedingungen zu verbessern. Die Verwaltung will im Zuge der Beschlussumsetzung in enger Abstimmung mit der Bildungsagentur ein Konzept zur Verbesserung der Bildungserfolge erarbeiten.

Elternbeiträge für Betreuung der Kinder bleiben konstant

Die Verwaltung verfolgte das Ziel, die Eltern so hoch wie gesetzlich möglich an der Finanzierung der Betriebskosten in den Kitas und Horten zu beteiligen und wollte die Beiträge wieder erhöhen. Wir unterbreiteten dazu einen Gegenvorschlag und wollten von dieser höchstmöglichen prozentualen Beteiligung abrücken, was eine leichte Reduzierung der Elternbeiträge zur Folge gehabt hätte. Der Stadtrat lehnte sowohl unseren Änderungsantrag als auch den Verwaltungsvorschlag ab. Dadurch bleiben die Elternbeiträge in diesem Jahr zumindest konstant auf dem Niveau von 2015.

Geschafft: Naturkundemuseum bekommt neue Zukunft in Plagwitz!

Der Grundsatzbeschluss zum Naturkundemuseum entstand nach erheblichen Diskussionen, die bis zur Beschlussfassung anhielten.

Als Standort soll nun bis 2020 die Halle 7 auf dem Gelände der Baumwollspinnerei entwickelt werden. Die neue Museumsleitung soll mit Beginn des Jahres 2016 eine neue, dem Museumsstandort angepasste Museumskonzeption erarbeiten. Des Weiteren soll im Jahr 2017 der Planungsbeschluss zur Umsetzung der Museumskonzeption vorgelegt werden – voraussichtliche Kosten: 9 Mio. € inklusive museale Ausstattung.

Ein strittiger Punkt ist die Veräußerung des Gebäudes am alten Standort in der Lortzingstraße zum Höchstgebot. Der Verkaufserlös soll in den Gesamthaushalt einfließen und der Deckung der Aufgaben für den neuen Standort dienen. Nach unserer Meinung sollte die Verwertung der Liegenschaft jedoch erst nach dem Umzug des Naturkundemuseums an den neuen Standort erfolgen, und zwar mög-

lichst nach Konzeptvergabe und nicht nach Höchstgebot. Dies jedoch wurde vom Stadtrat abgelehnt.

In einem weiteren Änderungsantrag dazu (ebenso auch zur Schaffung eines Theaterhauses) forderten wir, dass bis zur Eröffnung eine direkte ÖPNV-Anbindung, idealerweise per Bahn, vorläufig per Bus, eingerichtet bzw. die Verlängerung der Linie 14 über Spinnereistraße und Saarländer Straße bis Lützner Straße geprüft wird und sich die Verwaltung um Fördermittel zur Realisierung bemüht. Diese Prüfung soll nun im Rahmen des neu zu erarbeitenden Nahverkehrsplans erfolgen.



Foto: Fraktion

Berichte aus dem Stadtrat

Leipzig erklärt sich zur »frackingfreien Kommune«

Auf Antrag unserer Fraktion hat der Stadtrat gegen die Stimmen von CDU und FDP beschlossen, Leipzig zur frackingfreien Kommune zu erklären und somit ein klares Bekenntnis für eine konsequente Umsetzung der Energiewende ausgesandt.

Damit schließen wir uns inzwischen etwa 2500 Kommunen in Deutschland an. Erdgaslagerstätten mit der Hochrisikotechnologie Fracking auszubeuten hat keinen nachhaltigen gesamtgesellschaftlichen Nutzen.

Risiken wie die Verschmutzungen des Grund- und Trinkwassers durch verpresste Abwässer, Bohr- und Transportunfälle, Verseuchung der Böden durch Leckagen in den Rohrleitungssystemen, Flächenversiegelung, erhöhtes LKW-Verkehrsaufkommen und damit einhergehende Infrastrukturbelastung sowie zunehmende Lärm- und Schadstoffbelastungen an Förderplätzen und Zufahrtswegen sind unverantwortlich und konterkarieren die eigenen gesetzten Energie- und Klimaschutzziele.

Cospudener-See-Rundweg wieder durchgehend und sicher befahrbar!

Manchmal muss man einen langen Atem haben und mit viel Geduld auf notwendige Veränderungen hinarbeiten. Ein gutes und aktuelles Beispiel dafür ist der Kreuzungsumbau Kelchsteinlinie/Lauerscher Weg am Cospudener See. Ganze acht Jahre lang hat unsere Fraktion darauf gedrängt, das bestehende Kopfsteinpflaster gegen einen anderen glatten Belag auszutauschen, der das sichere Durchfahren für Skaterinnen und Radfahrer ermöglicht.

Eine erste Initiative startete unser damaliger Fraktionsvorsitzender und Stadtrat der IV. Wahlperiode, Michael Weichert, die dazu führte, dass verschiedene Varianten untersucht wurden. Das Ergebnis sah vor, die Skater über einen 1,6 Meter breiten Asphaltstreifen zu führen, da der Kreuzungsbereich eine reale Gefahrenstelle für sie darstelle und zahlreiche Bürgeranfragen den Wunsch nach einer Entschärfung und baulichen Korrektur beinhalteten. Dieses Anliegen wurde zudem auch von

den Leipziger Skatervereinen befürwortet. Ebenso berichtete die Verwaltung, dass es bereits zu Stürzen und Verletzungen gekommen ist.

Baulich umgesetzt wurde dies freilich nicht, sodass unser aktueller Stadtrat Michael Schmidt in der V. Wahlperiode im Jahr 2014 erneut auf das Thema aufmerksam machte und der Stadtrat unseren Antrag zur baulichen Umgestaltung des Kreuzungsbereiches beschloss.

Am 12. März 2016, »dank« des klimawandelbedingten milden Wetters zwei Wochen früher als geplant und damit pünktlich vor den Osterfeiertagen – mittlerweile schreiben wir die VI. Wahlperiode des Stadtrates – war es dann endlich so weit. Der Umbau der Kreuzung wurde abgeschlossen.

Gemeinsam mit den Initiatoren der Anträge, Michael Weichert und Michael Schmidt, fuhr eine große Gruppe Sport-

interessierter auf Einladung unserer Fraktion bei schönstem Frühlingwetter mit Inlineskates und Fahrrädern um den schönsten See im Leipziger Südraum. Alle genossen die Überfahrt der neu gestalteten Kreuzung, die einerseits eine nun gefahrlose Querung über den neuen Asphalt ermöglicht, andererseits aber auch auf die gleichzeitige Nutzung durch die Buslinie 65 hinweist. Vorsicht und Rücksicht gegenüber dem Bus, wie auch gegenüber allen anderen Nutzerinnen und Nutzern des beliebten Rundweges sind also auch in Zukunft geboten.



Foto: Roland Quester

Der Ratsspieß – Humorvolles aus der Ratsversammlung »aufgespießt«!



Fraktionschef Norman Volger: »Ich bin NOCH nicht Mitglied der CDU ... (stutzt) ... das wird wohl auch nicht mehr werden ...«

Stadträtin Hollick (Die Linke) beim Thema Frackingfreie Kommune und den nur absurd zu nennenden Äußerungen von CDU-Stadtrat Albrecht: »Man kann nicht alles lesen und alles wissen – aber man sollte dann auch nicht versuchen, darüber zu reden!«

Der OBM als Reaktion auf eine Rede von NPD-Stadtrat Böhm: »Ihre Beleidigungen ehren mich – ich bin stolz darauf!«

Zum demografischen Wandel **Stadträtin Witte (Die Linke):** »Zu dem von rechts außen beschriebenen Volkstod tragen nicht die Migranten bei, sondern die Müdigkeit deutscher Ehepaare!«

Bürgermeister Rosenthals (Die Linke) igno-rante Entgegnung auf die Frage, warum er nicht einmal nach der harschen fachlichen Kritik der Fachaufsicht aus der Landesdirektion an der erfolgten Kahlschlagsmäh im Floßgraben einen Fehler eingesteht und Änderungsbedarf sieht: »Tja, wir halten eben die Fahne der kommunalen Selbstverwaltung sehr hoch!«

Wenig örtlich sattelfest zeigte sich **Piraten-Stadträtin »Lilli« Gabelmann**, als sie den Portikus am Bayrischen Bahnhof mehrfach als »Obelisk« bezeichnete.

Einen tiefen Einblick in das Innenleben der Linksfraktion verschaffte **Stadtrat Grosser (Die Linke)** dem Stadtrat, als er seinen Fraktionskollegen Schlegel nach dessen mehrfachen Zwischenrufen maßregelte »HERR Schlegel, nun lassen SIE mich doch mal ausreden!«

Stadtrat Riedel (CDU) zur Kampagne zur Vermeidung von Plastiktüten: »Dann machen wir's wie zu DDR-Zeiten: Wir wickeln die Fische ins Neue Deutschland. Aber heute sind die Zeitungen kleiner – also nur noch für Heringe geeignet!«

Linken-Fraktionschef Pellmann, der sich mehrfach bei Wortmeldungen übersehen fühlte: »Ich muss wohl darüber nachdenken, mir auffälligere Kleidung anzuziehen!«

Auf einen Hinweis zur Redezeit reagierte **Dieter Deissler (WVL):** »Ich darf länger, weil ich sonst nie rede«. Reaktion OBM: »Ich habe Ihnen deswegen bereits 2 Minuten mehr gegeben!«

Zum Beschluss eines Termins beim Sitzungsplan des Stadtrates zum Sitzungstermin am 1. Februar 2107 (!!!) merkte **SPD-Senior Müller** nur kurz an: »Das schaffe ich wohl doch nicht mehr!«

Stadtrat Schlegel (Die Linke) als Orakel zur Zukunft seiner Partei beschrieb seine Fraktion so: »Die Fraktion DER Linke ...«.

Stadtrat Weickert (CDU) in Anspielung auf das sehr langjährige Mandat von Frau Hollick (Die Linke, 67 Jahre alt), die seit Anfang der 90er im Stadtrat sitzt: »Wenn jemand von uns in 20 Jahren noch im Stadtrat sitzt, dann werden Sie das wohl sein!«

Hilfe vom **OBM** für Bürgermeister Rosenthal, der auf eine Fülle von Nachfragen meinte, sich dies nicht alles merken zu können: »Es reicht, wenn Sie vier Mal JA sagen!«

FDP-Stadtrat Hobusch zu AfD-Stadtrat Keller: »Ich würde ja gerne mit ihm in ein geistiges Duell treten – allerdings: Er ist ja waffenlos.«

Linken-Stadträtin Hollick als selbsternannte »ältere Hausfrau«: »Das ist aufgewärmt – und Aufgewärmtes schmeckt oft fad!«

SPD-Stadtrat Weber zu einem Änderungsantrag unserer Fraktion etwas konfus am Mikrofon: Sie haben das mit einigen Winkelzügen ... (stutzt) ... äh ... Argumenten un-tersetzt!«

Berichte aus dem Stadtrat

Straßenumbenennung »Frau Krause ihre Straße« abgelehnt

Etwa 800 Menschen hatten die Onlinepetition mitgezeichnet. Die vermutlich nicht ganz ernst gemeinte Petition wollte in einem Teil der Simildenstraße der ehemaligen Wirtin der beliebten Szenekneipe »Frau Krause« huldigen und diese, grammatikalisch nicht ganz einwandfrei, in »Frau Krause ihre Straße« umbenennen.

Zwar gilt Hannelore Krause nicht unbedingt über Connewitz und das trinkende Volk hinaus als »verdiente Persönlichkeit« – ein zentrales Kriterium für eine Straßenbenennung –, dennoch sollte angesichts ihres mitfühlenden Charakters und ihrer 22-jährigen Zapftradition mittels einer Straßenbenennung am Ort ihres Wirkens gedacht werden. Nicht zuletzt weil sich Frau Krause auch weiterhin und hoffentlich noch über viele Jahre einer guten Gesundheit erfreuen möge und bei Straßenbenennungen ausschließlich bereits verstorbener Persönlichkeiten gedacht wird, hat der Stadtrat gegen dieses Anliegen gestimmt.

Impressum

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus/ Zimmer 103
Tel.: 123-2179 / Fax: 123-2175
E-Mail: GueneFraktion@leipzig.de
www.guene-fraktion-leipzig.de

Redaktion:

Ingo Sasama (V.i.S.d.P.), Michael Schmidt,
Cordula Rosch

Alle Portraits:

Martin Jehnichen

Auflage: 1.600 Exemplare

Gestaltung:

Ungestalt GbR, Leipzig, www.ungestalt.de

Produktion:

FRITSCH Druck GmbH, Leipzig